

## **Gerechte und soziale Währungsreform für ganz Deutschland. Rede am 31. August 1948 im Badischen Landtag**

**(S. 8)** Meine Damen und Herren!

Als wir am 25. Juni über die Währungsreform diskutierten, haben wir von unserer Partei aus klare Vorschläge gemacht und scharfe Kritik an der der deutschen Bevölkerung aufoktroierten Währungsreform geübt. Damals wäre es noch möglich gewesen, in einmütiger Geschlossenheit mit allen Landtagen Westdeutschlands die unsoziale Währungsreform abzulehnen und vielleicht die jetzt von Ihnen vorgebrachten Vorschläge (Abg. Hilbert: Vielleicht!) als Zugeständnisse zu erreichen. Sie haben damals die scharfe Kritik die von unserer Seite an diesem Währungsreformgesetz zum Ausdruck gebracht wurde, als Demagogie und Agitation gekennzeichnet. Es war ausgerechnet Herr Abgeordneter Schüttler, der mir in dieser Sitzung entgegenrief, als ich für die gleiche Schicht der Bevölkerung eintrat, für diese Armen, die sich seit Jahrzehnten mit ihrem Sparguthaben eine Sicherheit schaffen wollten: „Das ist ein Unsinn, das ist eine Unmöglichkeit, das kommt nicht in Frage“ (Hört, hört!)

Sie, meine Herren von der CDU, wollen die Währungsreform mit allen ihren kapitalistischen Vorteilen und gleichzeitig die Empörung, die sie in unserem Volk auslöst, auffangen. Sie wollen so tun, als ob sie diese Konsequenzen der Währungsreform nicht schon vorher hätten erkennen können. Wir haben bei der Proklamierung der Währungsreform folgenden Antrag gestellt:

„Der Badische Landtag bedauert die Proklamierung einer westdeutschen Währungsreform, durch die Deutschland in zwei Teile gespalten wird. Er ist der Ansicht, daß nur durch eine gerechte und soziale Währungsreform für ganz Deutschland die Voraussetzungen zu einer Gesundung unserer Wirtschaft geschaffen werden können.“

Sie haben diesem unserem Vorschlag nicht zugestimmt. Sie haben es nicht einmal für notwendig gehalten, über diesen Antrag zu diskutieren. Sie haben gesagt, man könne nichts ändern. Jetzt wollen Sie etwas ändern, wo es zu spät ist. Damals schon haben wir als vordringlichste Forderung gestellt, das sogenannte Kopfgeld nicht in Anrechnung zu bringen. Sie haben diesen Antrag abgelehnt. Jetzt wollen Sie, obwohl keine Aussicht auf Erfolg besteht, versuchen, etwas Ähnliches durchzusetzen.

Wir haben weiter davon gesprochen, daß die Renten und Pensionen, Unterstützungen und Beihilfen bis zu 300 Mark sofort in voller Höhe ausgezahlt werden müssen. Sie haben es auch hier nicht für notwendig gehalten, über diesen Antrag überhaupt zu diskutieren und haben von Demagogie gesprochen.

Dann haben wir gefordert, daß die Sparguthaben bis zu 10.000 Mark ausgezahlt oder gutgeschrieben werden. Daran halte ich auch heute noch fest. Damals sagten Sie, das sei nicht möglich, das würde zu einer Inflation führen. Zu einer neuen Inflation hat etwas ganz anderes geführt, und zwar das Mißtrauen im In- und Ausland gegen die D-Mark. 20 Rappen bekommen Sie in der Schweiz für eine D-Mark.

Wir fordern weiterhin zur Sicherung des Lastenausgleichs, daß alle über 10.000 DM hinausgehenden Werte beschlagnahmt werden sollen. Der Lastenausgleich aber, den Sie erstreben, soll in keiner Weise in den materiellen Besitz der besitzenden Schichten eingreifen. Die besitzenden Schichten werden auch aus dem sogenannten Lastenausgleich Gewinne herausschlagen. Man liest heute schon, daß die Kapitalisten, deren Patente im Ausland zur Wiedergutmachung herangezogen wurden, und die, die durch Maschinenentnahmen und durch die Demontagen Verluste gehabt haben, durch den Lastenausgleich in erster Linie das ersetzt erhalten sollen, was **(S. 9)** sie verloren haben. Von den Fliegergeschädigten, von den Flüchtlingen redet man erst in zweiter Linie, und von der Wiedergutmachung für die Opfer des Faschismus redet man überhaupt nicht mehr.

**In: Verhandlungen des Badischen Landtages, 31. Sitzung vom 31. August 1948, S. 8-9**